

Oesterreich und das Welerlesche Militärprogramm.

(Wiener Brief.)

Der ungarische Ministerpräsident Dr. Welerle beschäftigt sich seit Wochen mit dem Gedanken, aus den verschiedenen Gruppen und Grüppchen der gegenwärtigen ungarischen Regierungsminderheit eine einheitliche Regierungspartei zu schaffen, die auch Ueberläufer aus dem Tisza-Lager anlocken könnte. Als Kitt für diese einander widersprechenden, aus 48 er- und 67 er-Politikern genommenen Bestandteile hat Ministerpräsident Welerle ein Militärprogramm ausgearbeitet, das die kühnsten madjarischen Unabhängigkeitsgedanken auf militärischem Gebiete verwirklichen soll: das selbständige ungarische Heer, selbstverständlich mit ungarischer Kommandosprache, das mit dem österreichischen Heere nur noch durch einen gemeinsamen Generalstab verbunden sein soll. Dieses Militärprogramm, das die Zustimmung der Grafen Andrássy und Apponyi gefunden hat, und das allerdings erst nach dem Kriege verwirklicht werden soll, hat der ungarische Ministerpräsident dem Kaiser in einer Denkschrift unterbreitet.

Am 1. Januar wollte der ungarische Ministerpräsident in der üblichen Neujahrsansprache an die Regierungsanhänger das neue Militärprogramm verkünden, und im Anschluß daran sollte die Gründung der neuen Regierungspartei stattfinden. Da kam die Ueberraschung. Die Neujahrsansprache des ungarischen Ministerpräsidenten wurde im letzten Augenblicke abgesagt, und es heißt, daß Dr. Welerle erst in den nächsten Tagen nochmals an das kaiserliche Hoflager fahren muß, um die Entscheidung des Monarchen entgegenzunehmen.

So ganz glatt scheint also die Sache nicht zu gehen. Es heißt, daß von Seiten des Generalstabes und des Armeeovertkommandos ernste Bedenken gegen die Bewilligung des Welerleschen Militärprogramms geltend gemacht worden sind, und auch von Seiten Oesterreichs wird lebhafter Einspruch erhoben. Der österreichische Ministerpräsident ist in dieser Angelegenheit beim Kaiser gewesen und hat den österreichischen Standpunkt eingehend dargelegt. In österreichischen politischen Kreisen fürchtet man, daß die Trennung der gemeinsamen k. u. k. Armee in eine ungarische und eine österreichische die Gemeinsamkeit der beiden Staaten zu einem Schattengebilde herabdrücken würde, daß ferner die Nationalitäten in Ungarn mit Hilfe der ungarischen Kommandosprache der unaufhaltbaren Madjarisierung preisgegeben wären, und endlich, daß die den Madjaren gewährten militärischen Rechte auch auf die Nationalitäten Oesterreichs nicht ohne Rückwirkung bleiben könnten, daß insbesondere die Tschechen alsbald mit einem ähnlichen Programm hervortreten würden. In deutschen parlamentarischen Kreisen insbesondere sieht man dem weiteren Verlauf der Angelegenheit sehr bedenklich entgegen und besorgt, daß die österreichische Volksvertretung wieder vor eine „vollzogene Tatsache“ gestellt werden wird.

Eine Reihe beachtenswerter österreichischer Pressestimmen sind bereits gegen das Welerlesche Militärprogramm laut geworden. Unter ihnen befindet sich in erster Reihe das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“, welches schreibt: „So ist denn abermals eine Armeefrage für die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn von großer Bedeutung geworden. Die Gemeinsamkeit des Heeres hat sich gerade im Weltkriege als eine für die ganze Monarchie überaus erprobte Einrichtung bewährt, und es kann nicht übersehen werden, daß Forderungen, die den Charakter der Gemeinsamkeit des Heeres tangieren, der reiflichsten Erwägung bedürfen, bevor sie erfüllt werden können. So ist es nun klar, warum der ungarische Ministerpräsident am Neujahrstage schweigend. Die nächsten Tage werden die notwendige Klärung bringen, ob es dem Kabinett Welerle möglich sein wird, eine Regierungspartei auf der von ihm vorgeschlagenen Grundlage zu bilden. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß dies nicht auf Kosten der für die Schlagfertigkeit der Armee unumgänglich notwendigen Einrichtung geschieht.“

Noch entschiedener drückt die österreichischen Besorgnisse das halboffiziöse „Neue Wiener Tagblatt“ aus. Es wirft drei Fragen auf. „Zunächst die, ob es wirklich nicht zu vermeiden war, noch während der Dauer des Krieges, der eine Zusammenfassung aller inneren Kräfte erheischt, dieses überaus schwierige Problem aufzuwerfen, anstatt dessen Lösung für eine Zeit vorzubehalten, wo die inneren Kräfte für die Bewältigung einer so gewaltigen Aufgabe frei geworden sind. Die zweite Frage ist die: Wenn schon aus Gründen, die der Bevölkerung unerlässlich sind, die militärische Frage aufgeworfen und zwar in diesem Augenblicke aufgeworfen werden mußte — sind Sicherheiten dafür geboten oder mindestens in Aussicht genommen, damit die Lockerung des Befüges der Monarchie tunlichst begrenzt, beziehungsweise durch eine

SSV